

Eine Bestandesaufnahme der türkischen Aussenpolitik. Teil 2

Autor(en): **Gieler, Wolfgang**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358120>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine Bestandsaufnahme der türkischen Aussenpolitik (2/2)

Die Türkei spielt eine zunehmend wichtige, nach Westen und nach Osten orientierte Rolle. Nebst der Mitgliedschaft in der NATO strebt sie nach derjenigen in der EU, gleichzeitig führt sie eine aktivere Aussenpolitik, die auch Neo-Osmanische Züge aufweist. *Sch*

Wolfgang Gieler*

Der Beginn des Jahres 2011 war durch eine unvergleichliche Welle von Aufständen der Bevölkerungen autokratischer Staaten in der arabischen Welt gekennzeichnet. Was sich in Tunesien ab dem 17. Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi als Anfang der Jasmin-Revolution ereignete, verbreitete sich rasant und verstärkt durch moderne Kommunikationsmittel in weitere arabische Staaten. Der Rücktritt des tunesischen Autokraten Ben Ali bewies den unterdrückten Massen in Ägypten, Jemen, Bahrain, Algerien, Syrien und Libyen, dass Umsturzversuche gegen die Diktatoren in Richtung demokratischer Reformen von Erfolg gekrönt sein können.¹

Die Jasmin-Revolution und die Rolle der Türkei

Die Türkei gilt als das einzige vorwiegend islamische Land der Region, welches demokratische Prinzipien und Strukturen mit islamischer Kultur und Religion vereint, in wichtige internationale Organisationen wie der NATO und der OECD integriert ist und wirtschaftlich seit Jahren starke Wachstumsraten verzeichnet. Die neue türkische Aussenpolitik der Regierung Erdoğan drängt auf eine Regional- und Ordnungsmachtstellung hin, die sie mit «strategischer Tiefe» und multidimensionaler Aussenpolitik behaupten und sichern will. Nun steht diese neue Position der Türkei auf dem Prüfstand.

Die Frage, die sich der Türkei und insbesondere ihrer Aussenpolitik bei den Un-

ruhen in der arabischen Welt stellt, ist vereinfacht ausgedrückt – «Quo vadis?». Die Rolle der modernen und ebenso islamischen Türkei innerhalb ihrer regionalen Position stand jahrzehntelang in dem Dilemma, weder in der arabischen Welt aufgrund ihres Laizismus und modernen westlichen Orientierung, noch in Europa, wegen geographischen, religiösen und kulturellen Vorbehalten, vollends akzeptiert zu sein.

Die Umorientierung der Ausrichtung der Türkei der letzten Jahre unter Regierungschef Erdoğan und Aussenminister Davutoğlu versuchte in ihrer Politik der «Null-Probleme» und aktiven pragmatischen Aussenpolitik positive «multi-dimensionale» Beziehungen insbesondere im Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches zu pflegen. Aus diesen Bestrebungen gingen enge wirtschaftliche und politische Verbindungen mit Staaten wie dem Iran, Syrien und Libyen hervor, die zuvor keineswegs unproblematisch waren und derzeit mit komplexen Konfliktsituationen behaftet sind.

Verbindung von Demokratie und Islam

Die Türkei gilt trotz einiger demokratischer und menschenrechtlicher Defizite als Aushängeschild der Verbindung von Demokratie und Islam in der Region. Dieser besonderen Stellung ist sich die Türkei bewusst. In Verbindung mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung und der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, wie der

NATO, strebt die Türkei die Aneignung von «soft skills» an, um die ordnungspolitische Position eines Vermittlers, wie in den Syrien-Israel-Verhandlungen 2008



Ahmet Davutoğlu.

Bild: Konhaber.com

unter Beweis gestellt, und eines diplomatischen Konfliktlösers einnehmen zu können. Die Türkei kann aufgrund ihrer geographischen und kulturellen Nähe zu den arabischen Staaten einen anderen Ton anschlagen als etwa die EU oder die USA und damit im Idealfall schlichtend auf Konflikte einwirken.

Gemeinsam mit Staatspräsident Abdullah Gül forderte Ministerpräsident Erdoğan die krisengeschüttelten Staaten zu Reformbestrebungen auf. Während der Unruhen in Ägypten zu Beginn des Jahres 2011 war Erdoğan einer der ersten Regierungschefs, der die Umstürzbewegungen der ägyptischen Bevölkerung befürwortete und an Mubarak appellierte, dem Willen des Volkes nachzugeben.

Doch als sich dann auch das libysche Volk gegen ihren langjährigen Despoten Muammar al-Gaddafi erhob, blieb die Türkei bemerkenswert zurückhaltend. Die diskutierte Flugverbotszone über Libyen wurde von der Türkei zunächst nicht unterstützt. Auf dem UN-Gipfeltreffen in Paris am 19. März stimmte der Sicherheitsrat mit zehn positiven und fünf enthaltenden Stimmen (China, Russland, Deutschland, Indien, Brasilien) über den militärischen Einsatz in Libyen ab. Die Türkei war zu diesem insbesondere von Nicolas Sarkozy geführten Treffen nicht eingeladen worden, worauf die türkische Regierung verstimmt reagierte und eine eher anti-europäische Position einnahm. Aus dieser Position heraus versuchte Erdoğan taktisch den Ansehensverlust in der arabischen Welt zu begrenzen und eine



Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan.

© WEF / Bild: E.T. Studhalter

breite Resonanz in der Bevölkerung zu erzeugen. Der Preisträger des «Internationalen Muammar al-Gaddafi-Preises für Menschenrechte» Erdoğan forderte vorerst das Unterlassen von militärischen Eingriffen und die Beschränkung auf humanitäre Massnahmen durch die Vereinten Nationen. Er verurteilte das Vorgehen der westlichen Staaten als Öl-Imperialismus und moderne Kreuzzüge.

Allerdings verfolgte die Türkei ebenso ein handfestes wirtschaftliches Interesse. Mit Libyen verbindet die Türkei beträchtliche wirtschaftliche Kooperationen. Über 25 000 Türken sind in Libyen tätig und etwa 15 Milliarden US-Dollar stecken in türkischen Unternehmungen.² Das Fundament der türkisch-libyschen Beziehungen liegt in der Bereitstellung von US-amerikanischen Kampfjets von Libyen an die Türkei während des US-amerikanischen Waffenembargos 1974–1978 als Folge des Zypern-Konflikts.

Dass der Militäreinsatz der westlichen Mächte und der NATO mit UN-Mandat zunächst nicht von der Türkei unterstützt wurde, liegt zum Teil auch in einer taktischen Signalwirkung in die arabische Welt, dass die Türkei nicht ihre aussenpolitische Haltung und Vermittlungspartnerrolle aufgeben möchte und sich selbstbewusst nicht an die Westmächte anpasst.

Perspektiven des aussenpolitischen Agierens

Die Türkei steht nicht nur zwischen zwei Kontinenten und den zwei Handlungsoptionen Ost oder West, sondern der einzig sinnvollen und realistischen Option, die Aussenpolitik in mehrere Richtungen zu tragen, und dies nicht allein aus wirtschaftlicher Perspektive. Es existiert eine stärkere Verbindung von Aussen- und Innenpolitik als beispielsweise in Deutschland. In der Türkei treffen nicht Orient und Okzident als Antagonisten aufeinander, sondern eine Vielzahl von Ethnien und Kulturen, die unter dem Dach der türkischen Republik zueinander finden durch verbindende Elemente, sowohl kemalistische Prinzipien, die in der charismatischen und idealisierten Person Atatürks eine Projektionsfläche finden, als auch eine weitreichende Tradition des Islams in Religion, Kunst und Kultur. Die Identitätsfrage in Richtung Asien oder Europa, Arabien oder Westen ist monozentrisch und vereinfacht komplexe Beziehungen innerhalb der Tür-

kei und seinen Ethnien, die in besonderer Weise nach aussen getragen werden.

Die verschiedenen Orientierungswechsel der türkischen Aussenpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten zeigen jedoch, dass insbesondere die geopolitische Situation trotz der sich verändernden politischen Umgebung ein hohes Mass an Kontinuität beweist. Hauptfaktoren und Leitmotive sind die Frage



Mustafa Kemal Atatürk, ehemaliger Präsident der Türkei (1881–1938). Bild: Archiv

nach dem Selbstverständnis sowohl als Staat mit wachsender historischer und religiöser Identifikation als auch als moderner Nationalstaat nach kemalistischen Prinzipien und starken Wirtschaftsinteressen. Bestrebungen, die Einflussphären des osmanischen Reichs wiederherzustellen, sind nicht gänzlich neu und eher aus pragmatischer, nutzenorientierter Sicht zu betrachten, um durch identifikationsstiftende Elemente Kooperationen zu fördern und Konflikte in unmittelbarer Nähe zu verhindern.

Die aktuellen Spannungen mit den östlichen Nachbarstaaten der Türkei haben zu verstärkter Kritik an Aussenminister Davutoğlu geführt. Er weist den Vorwurf, seine auf die Ausräumung von Konflikten mit Nachbarländern orientierte Aussenpolitik sei gescheitert, zurück. Zwei Beispiele seien hier angeführt: Erstens habe die türkische Regierung im Falle Syriens schrittweise von bilateralen Gesprächen bis zu regionalen Lösungsansätzen sämtliche Optionen einer Lösung ausgeschöpft. Allerdings ist zunehmend deutlich geworden, dass das Assad-Regime

nicht zu halten und eine Intervention zur Verhinderung weiteren Blutvergiessens als Lösungsoption durchaus in Betracht zu ziehen sei. Zweitens haben die Konsultationen mit der kurdischen Autonomieregierung im Nord-Irak über den Bau einer Gaspipeline zu weiteren Spannungen mit der Zentralregierung des Irak geführt. Die Entscheidung über den Bau einer Radarstation im Rahmen des geplanten Raketenabwehrsystems in Malatya wiederum hat die aussenpolitischen Beziehungen zum Iran belastet. Seitens der Opposition im türkischen Parlament wird in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, welche nationalen Interessen für die aktuelle türkische Aussenpolitik gegenüber diesen drei Ländern im Vordergrund stehen.³

Pragmatische Anpassung

Vor diesem Hintergrund erscheint der Paradigmenwechsel der «neuen Aussenpolitik» weniger radikal, sondern eher als pragmatische Anpassung an die wirtschaftliche und politische Umgebung. Die von Kritikern als «neo-osmanisch» bezeichnete Aussenpolitik besitzt ihren Grundstein bereits in der Regierung Turgut Özal, wurde jedoch unter Ministerpräsident Erdoğan ausgereifter und vertiefter. Das Hauptaugenmerk liegt auf der inneren Stärke, die nicht mit Expansionsbestrebungen nach Aussen einhergeht, sondern die Türkei als ernstzunehmende Wirtschafts- und Ordnungsmacht sowie als diplomatisch geschicktem Verhandlungspartner zwischen konfliktbeladenen Parteien zu etablieren versucht. Allerdings muss sich dieser theoretische Ansatz der derzeitigen Regierung in der Praxis angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt und insbesondere in Syrien behaupten. Eine «Null-Problem-Aussenpolitik» kann zwar eine Maxime politischen Handelns darstellen, doch kann die Türkei nicht gleichzeitig in die Ereignisse eingreifen, ohne dass sie kurz- oder mittelfristig Partei ergreift, Kompromisse eingeht und problematische Beziehungen riskieren muss.

Mit dem Arabischen Frühling hatte die türkische Regierung einer zweifachen Herausforderung zu begegnen: Einerseits musste sie die politischen Wandlungsprozesse differenziert betrachten und ein Krisenmanagement aufbauen und umsetzen, bei dem die spezifischen Konstellationen eines jeden Konfliktfalls eigens beachtet werden mussten. Vordergründig

führte dieser «case by case»-Ansatz zu teilweise berechtigten Zweifeln an der holistischen und vermeintlich doktrinären «Null-Problem-Politik» der Regierung unter Ministerpräsident Erdoğan. Doch zeichnet sich andererseits mit Verlauf der politischen Wandlungsprozesse das Bild einer relativ erfolgreichen Anpassung der bisherigen aussenpolitischen Strategie an die neuen Gegebenheiten ab. In der Bilanz der Libyenkrise als auch im bisherigen Konfliktverlauf in Syrien konnte die AKP-Regierung insgesamt die Türkei sowohl als aktives Mitglied des westlichen Bündnisses und der internationalen Staatengemeinschaft als auch als verantwortliche Kraft präsentieren, die sich gegen uneinsichtige autoritäre Regime stellte und sich für die legitimen Forderungen der Demonstranten nach demokratischen Wandel und Partizipation einsetzte.⁴ Anstelle eines zögerlichen «wait and see» und eines nur pragmatischen «case by case»-Ansatzes verdeutlicht sich, dass die Regierung relativ kontinuierlich an ihre strategische Aussenpolitik anknüpfen und das visionäre Ziel einer kooperativen Zentralmacht, die «harte» und «weiche Instrumente» zu einer «Smart Power»-Strategie vereint, weiter im Blick halten kann.⁵

Ebenso kann die Regierung die wesentlichen Leitlinien ihrer Regierungspolitik beibehalten. Diese sind begründet insbesondere im Forcieren des politischen Wandelprozesses hin zu mehr Stabilität und wirtschaftlichem Fortschritt in der Region durch eine zunehmende regionale Interdependenz und Kooperation.⁶

Mit der Umsetzung dieser «Davutoğlu-Doktrin 2.0» begann der Aussenminister höchst persönlich. Er gab Ende Dezember 2011 den versammelten türkischen Diplomaten und Diplomaten für die zukünftige Arbeit die Devise aus, das Krisenmanagement mit der übergeordneten aussenpolitischen Vision in Übereinstimmung bringen zu wollen: «We will pursue a vision oriented foreign policy. Our long-term vision will inspire our crisis management efforts and help shape the course of developments in our regional and global neighbourhoods. At the regional level, our vision is a regional order that is built on representative political systems reflecting the legitimate demands of the people where regional states are fully integrated to each other around the core values of democracy and true economic interdependence. At the global level, we will aspire to build in a participatory manner a new international order that is inclusive of the in-

ternational community at large. This global order will have three dimensions: a political order based on dialogue and multilateralism, an economic order based on justice and equality, and a cultural order based on inclusiveness and accommodation.»⁷ ■

- 1 Vgl. Mattes, Hanspeter: Die Beziehungen der Maghrebstaaten zur Türkei, in: Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationales Interesse, nicht Religion als Basis der Kooperation, hrsg. von Sigrid Faath, Baden-Baden 2011, S. 235–256. Asseburg, Muriel: Der Arabische Frühling, Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik, in: SWP-Studie 17/2011. Deutsches Orient-Institut: Der Arabische Frühling. Auslöser – Verlauf – Ausblick, Berlin 2011 und Ratka, Edmund: Bilanz und Perspektiven des «Arabischen Frühlings», in: Politische Studien 440/2011, S. 58–69
- 2 Jürgen Gottschlich: Erdoğan trickst sich aus der Libyen-Falle, in: Spiegelonline vom 23. März 2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/streit-ueber-militaereinsatz-erdogan-trickst-sich-aus-der-libyen-falle-a-752673.html>.
- 3 Vgl. Ludwig Schulz: «Herausforderung für die strategische Aussenpolitik: Die AKP-Regierung und die Arabellion», in: Bernd Rill (Hrsg.): Türkische Aussenpolitik. Argumente und Materialien zur Zeitgeschichte der Hanns Seidel Stiftung 80. München 2012, S. 31–41 und Friedrich Ebert Stiftung: Türkei Nachrichten, 3. Quartal 2012, S.7ff.
- 4 Vgl. Volker Perthes: Die Türkei könnte Vorbild und Vermittler sein, in: Süddeutsche Zeitung, 18.04.2011. Ludwig Schulz: Türkei, in: Der Arabische Frühling. Auslöser – Verlauf – Ausblick, Studie des Deutschen Orient-Instituts, 2011, S. 194–207. Nathalie Tocci, Ömer Taspinar, Henri J. Barkey: Turkey and the Arab Spring. Implications for Turkish foreign policy from a transatlantic perspective, Washington D.C. 2011 und Ludwig Schulz, a.a.O., 2012, S. 37–39.
- 5 Den «Smart Power»-Ansatz für die US-Aussenpolitik vertreten bspw. Armitage, Richard L. / Nye, Joseph S.: A smarter, more secure America: Report of the CSIS Commission on Smart Power, hrsg. vom Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C. 2007.
- 6 Davon zeugen bereits erste Kooperationsabkommen der Türkei mit den neuen Regierungen in Tunesien, Ägypten und Libyen. Vgl. TZ, 16.01., 09.04. sowie 23.04.2012.
- 7 Ahmet Davutoğlu: Principles of Turkish foreign policy and regional political structuring, in: SAM Vision Paper 3/2012, S. 7.

* Wolfgang Gieler, Dr. (phil.) ist Professor für Interkulturelle und Internationale Studien an der Universität Istanbul und Gastprofessor an der Friedrich-Schiller Universität Jena und Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Wolfgang Gieler
Prof. Dr.
Universität Istanbul
53474 Bad Neuenahr

Das Wort des CdA

Liebe Leserinnen und Leser



Vor Monatsfrist hat die Sommer-RS 2013 begonnen. Mein grosser Dank geht an alle Miliz- und Berufskader, welche unseren Bürgern in Uniform die bestmögliche Ausbildung zukommen lassen. Mein Dank geht aber vor allem an die rund 7300 Rekrutinnen und Rekruten, welche während 18 oder 21 Wochen RS oder als Durchdiener ihre Bürgerpflicht erfüllen. Manchmal murrend und manchmal kritisch, aber stets bereit ihren Dienst zu leisten, sofern die Ausbildung organisiert, das Material vorhanden und der Umgangston korrekt ist. Eine bessere demokratische und fachliche Kontrolle als unsere Wehrpflicht gibt es nicht. Und gerade weil wir uns im Einsatzfall auf unsere gradlinigen Milizler und den unterstützenden Berufskern verlassen dürfen, spreche ich viel lieber von jenen Mitbürgern, welche ihre Pflicht erfüllen. Und um diese müssen wir uns vor allem kümmern – und nicht ständig nach Lösungen für jene suchen, welche ihre Pflicht nicht erfüllen. Wer als Kader zudem noch weit mehr als nur seine Pflicht leistet, soll diese Wertschätzung besonders spüren. Der «Return on Investment» ist denn auch eindeutig. Wer die militärische Kaderaus- bildung und die daran anschliessende praktische Führungserfahrung absolviert und erlebt, kann unter Druck in Stress-Situationen führen und verfügt über eine hohe Sozial- und Methodenkompetenz. Fähigkeiten, die in allen Bereichen unseres Lebens notwendig und gefragt sind. Die wieder zunehmende Akzeptanz in der Privatwirtschaft zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Persönlichen Verfehlungen einzelner Angehörigen der Armee gehen wir konsequent nach. Wir lassen uns aber durch einzelne Negativ-Schlagzeilen nicht irritieren, sondern konzentrieren uns auf das Gesamtbild. Seriöse Arbeit und das Bewusstsein für die eigene Verantwortung gibt uns das nötige Rüstzeug. Machen wir einfach Militär. Ich danke Ihnen dafür und wünsche Ihnen weiterhin eine schöne Sommerzeit.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee